

Motion Fraktion GB/JA! (Stéphanie Penher, GB/Rahel Ruch, JA!): Stadt setzt ein sichtbares Zeichen gegen die Atomenergie

Die Ereignisse in Japan haben viele Menschen aufgewühlt. Nach dem Erdbeben und dem verheerenden Tsunami folgte der atomare Notstand, nachdem das AKW-Gelände von Fukushima von der Flutwelle getroffen wurde und die Notstromaggregate ausfielen. Dass ein solcher GAU im hochentwickelten Japan stattfinden kann, hat vielen Menschen in der Schweiz zu denken gegeben und auch die Bundespolitik hat Schritte in Richtung atomfreie Zukunft unternommen.

Bernerinnen und Berner sind besonders betroffen von der Gefahr, die vom AKW Mühleberg ausgeht. Bereits seit längerer Zeit ist bekannt, dass das AKW kaum gegen Erdbeben oder Überflutung geschützt ist und die Risse im Kernmantel nur ungenügend durch Zuganker zusammengehalten werden. Nach der Katastrophe haben in Bern Menschen aller politischer Couleur begonnen, mittels Mahnwachen auf die Gefahr, die von Mühleberg ausgeht, hinzuweisen. Später bezog eine Gruppe den öffentlichen Vorgarten des Hauptsitzes der BKW am Viktoriaplatz, um vor den inakzeptablen Gefahren der Atomenergie zu warnen und die Stilllegung des AKW Mühleberg zu fordern. Während des vergangenen zweieinhalb Monate haben unzählige AktivistInnen, darunter auch viele Jugendliche, mit starker Unterstützung der Bevölkerung diverse Veranstaltungen, Protest-Picknicks, Kundgebungen etc. durchgeführt und dem Protest gegen die gefährliche Atomkraft ein friedliches, zivilgesellschaftliches Gesicht gegeben. Das Protest-Camp hat damit viel erreicht.

Da sich der Gemeinderat während laufender Verhandlungen zu einer Totalräumung des AKW-Ade-Camps hat hinreissen lassen, ist er jetzt gefordert, ein neues, sichtbares Zeichen gegen das AKW Mühleberg und für dessen sofortige Stilllegung, zu setzen. Denn seine oberste Aufgabe ist es die Sicherheit der Berner Bevölkerung zu gewährleisten, und diese ist durch das 12 km entfernte AKW Mühleberg in Gefahr. Durch die Totalräumung des Camps ist nicht nur ein Treffpunkt friedlichen Anti-AKW-Bewegung aufgehoben worden, sondern auch eine Informationsmöglichkeit für die interessierte Bevölkerung.

Wir fordern den Gemeinderat deshalb auf, sich auch öffentlich gegen die Atomenergie zu bekennen und ein neues sichtbares Zeichen gegen das AKW Mühleberg und für dessen Stilllegung zu setzen, damit die Bevölkerung wieder die Möglichkeit bekommt sich zu informieren und auszutauschen und damit sie daran erinnert wird, wie gefährlich die Atomkraft ist.

Begründung der Dringlichkeit:

Nach der überhasteten Totalräumung des Geländes braucht es nun schnell ein neues Zeichen, das vor den Gefahren der Atomenergie mahnt und den Menschen einen Treff- und Informationspunkt ermöglicht.

Bern, 23. Juni 2011

Motion Fraktion GB/JA! (Stéphanie Penher, GB/Rahel Ruch, JA!), Lea Bill, Christine Michel, Cristina Anliker-Mansour, Monika Hächler, Urs Frieden, Judith Gasser, Hasim Sancar

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats abgelehnt.

Antwort des Gemeinderats

Die in der Motion geforderte Massnahme betrifft inhaltlich Regierungs- und Verwaltungstätigkeiten, die in den operativen Tätigkeitsbereich der Exekutive zu liegen kommen. Der Motion kommt deshalb der Charakter einer Richtlinie zu.

Bekanntnis gegen die Atomenergie

In Artikel 8 der Gemeindeordnung vom 3. Dezember 1998 (GO; SSSB 101.1) ist festgehalten, dass die Stadt Bern anstrebt, die Atomenergie durch erneuerbare Energien zu ersetzen. Der Gemeinderat hat auch deswegen im Jahr 2009 die Eignerstrategie ewb grundsätzlich überarbeitet und darin festgehalten, dass ewb bis ins Jahr 2039 aus der Atomenergie aussteigen muss. Das bedeutet, dass ewb bis ins Jahr 2039 60 Prozent ihres Produkteportfolios ersetzen und somit jährlich durchschnittlich 11 GWh erneuerbare Energien zubauen muss. Die Berner Stimmberechtigten haben mit der deutlichen Annahme des Gegenvorschlags zur Initiative EnergieWendeBern im November 2010 diese energiepolitischen Grundsätze bestätigt. Dem Gemeinderat ist der geordnete Ausstieg aus der Atomenergie sehr wichtig. Er bekennt sich regelmässig auch öffentlich gegen die Atomenergie, für mehr Energieeffizienz und für einen Zubau an erneuerbaren Energien und wird dies auch in Zukunft tun.

Neues sichtbares Zeichen gegen das AKW-Mühleberg

Im Rahmen des AKW-Ade Camps hat sich der Gemeinderat bereit erklärt, eine auf die Grünfläche vor dem BKW-Hauptsitz beschränkte ständige Mahnwache gegen die Atomenergie zu bewilligen. Ein dauerhaftes Zeltlager konnte er hingegen nicht tolerieren¹. Der Gemeinderat hat die Mahnwache als Möglichkeit angesehen, die Öffentlichkeit auf die Gefahren und Risiken der Atomenergie aufmerksam zu machen und zu informieren, ohne dass dafür aber dauerhafte Installationen eingerichtet werden. Der Gemeinderat hat von Anfang an viel Verständnis dafür gezeigt, dass die Katastrophe in Fukushima die Menschen beschäftigt und das Bedürfnis besteht, sich für die Abschaltung der Atomkraftwerke einzusetzen. Trotz mehreren Gesprächsrunden und des Verzichts des Gemeinderats, die Aktivistinnen und Aktivisten zeitlich unter Druck zu setzen, waren die Vertreterinnen und Vertreter des Camps nicht bereit einzulenken und die Schlafzelte auf der Grünfläche abzubauen. Mit der Räumung des Geländes zog die Stadtregierung folgerichtig auch ihr Angebot für eine ständige Mahnwache ohne Zeltlager zurück.

Die Motionärinnen und Motionäre fordern den Gemeinderat auf, ein sichtbares Zeichen gegen das AKW Mühleberg zu setzen, damit die Bevölkerung wieder die Möglichkeit erhält, sich zu informieren und sich auszutauschen. Der Gemeinderat sieht es nicht als seine Aufgabe, ein neues „Zeichen“ analog des AKW-Ade Camps zu organisieren. Selbstverständlich werden aber entsprechende Gesuche von Privaten im Rahmen des normalen Bewilligungsverfahrens geprüft. Wie eingangs und anlässlich bereits beantworteter Vorstösse erläutert, wird sich der Gemeinderat auch weiterhin auf dem politischen Weg für die Thematik einsetzen.

Folgen für das Personal und die Finanzen

Keine.

¹ http://www.bern.ch/mediencenter/aktuell_ptk_sta/2011/04/bkwcamp

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Stadtrat, die Motion als Richtlinie erheblich zu erklären.

Bern, 21. Dezember 2011

Der Gemeinderat